

# Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Köpenick 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilpragis Berlin

**Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!**

Abzugeben die sechsgespaltene Kleinzeile 150 Mark  
Anzeigen- und Werbungsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,  
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug  
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

**Inhalt:** Neue Gewinnmöglichkeiten für — Aktionäre. — Vor dem Angebot. — Die Besetzung des Ruhrgebietes und die Arbeiterfrage. — Der Verband sächsischer Industrieller gegen die sächsische Regierung. — Die gewerblichen Fachschulen in Preußen. — Wissen ist Macht. — An unsere Arbeiterinnenkommissionsmitglieder! — Frauenkonferenz in München. — 5. Konferenz der Dresdner Arbeiterinnen-Kommission. — Jugend. — Kurzarbeiter und Erwerbslosenfürsorge. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (X).

## Neue Gewinnmöglichkeiten für — Aktionäre

Brachte vor dem Kriege ein Arbeiter Notpennige zur Bank des kleinen Mannes, zur Sparkasse, so tat er es zu dem Zweck, um sich einen kleinen Fonds zu schaffen, der ihn bei den nicht seltenen Widerwärtigkeiten eines Proletariatslebens über Wasser halten sollte. Er mußte — wenn er überhaupt dazu in der Lage war — von seinem kargen Lohne in „fekten Tagen“ für die mageren eine Reserve schaffen. Neben vielen anderen Opfern mußte er auch noch dieses Opfer der kapitalistischen Wirtschaft bringen.

Aber wie grausam spielte das Schicksal in Gestalt der Geldentwertung diesen Notopfern mit. Lumpige Betteilpennige stellen die einstmaligen Kapitalien der eifrigen Sparer dar. Wieviel Glück und Hoffnung wurde dadurch zerstört, wieviel Unglück und Verzweiflung stellte sich ein.

Und doch gibt es noch Glückliche, denen ein anderes, ein besseres Los beschieden ist, aber beileibe keinem — Proleten. Für diese gleicht sich immer noch das Wort: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. — Mit dieser Kategorie von Glücklichen, die wir hier im Auge haben, haben wir uns schon des öfteren beschäftigt.

Neuerdings mehren sich die Fälle, in denen die Verwaltungen von Aktiengesellschaften dazu übergehen, den Besitzern von Obligationen (Industrielle Anleihen) und im Dividendenrecht beschränkten Vorzugsaktien eine Entschädigung für die eingetretene Geldentwertung zu gewähren. Den Aktiengläubigern wird also hiermit ein Recht eingeräumt auf Kosten derjenigen Volksgenossen, die erstens einmal diese „Geldentwertungsentschädigung“ in Form von Lohnneinbußen und Wucherpreisen aufbringen müssen, die aber zweitens ein gleiches Recht auf eine Geldentwertungsentschädigung ihrer Spargelder haben — aber nirgends eine solche bekommen.

Kaufte z. B. ein Obligationär vor einigen Jahren für 15 000 Mk. Obligationen der Gebr. Jungmans A.-G., Stuttgart, so erhält er heute von diesem Unternehmen für diese 15 000 Mk. eine Stammaktie, die bei einem Aktienkurs am 10. d. M. einen Wert von etwa 200 000 Mk. hatte. Die Kapitalwerke Ummendorf-Eisenbahn A.-G. gewähren für 20 000 Mk. gleichfalls eine Aktie usw. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß diese so gewährten Aktien nicht nur eine einmalige Geldentwertungsentschädigung darstellen, sondern daß diese Aktien in jedem Jahre (wie jede andere Aktie) Anspruch auf Divergenz in Form der auszuschüttenden Dividende und sonstigen Vergünstigungen, die ein Aktionär genießt, hat.

Ein besonderes Kapitel neuer Gewinnmöglichkeiten für Aktionäre ist die Umwandlung von Vorzugs- in Stammaktien, die gewählt wird, um den betreffenden Aktionären Sondergewinne zuzuschlagen oder Gewinne möglichst unauffällig unterzubringen. Worauf ist bei dieser Betrachtung interessant, daß sogenannte „Schutz- oder Vorzugsaktien“ bei einer Neuemission (Ausgabe neuer Aktien) nur mit einem Bruchteil von dem Bezuhenden bezahlt werden. In der Regel werden bei einem Nennwert dieser Aktien von 1000 Mk. pro Stück nur 25 Proz. einbezahlt, wobei es gewöhnlich bleibt. Geht nun ein Unternehmen — was jetzt sehr oft vorkommt — an die Umwandlung derartiger Vorzugsaktien in Stammaktien, so wird den Aktionären ein äußerst wertvolles Sonderbezugsrecht eingeräumt, da diese Umwandlung gewöhnlich ohne jede Zuzahlung erfolgt. Den Besitzern derartiger Vorzugsaktien fallen im handumdrehen Hunderttausende,

ja Millionen von Mark in den Schoß, wenn wir die Differenz zwischen der relativ kleinen Kapitalhingabe bei Bezug der Vorzugsaktien und dem derzeitigen Börsenkurs der Stammaktien berücksichtigen durch die ihr unangenehm wertende Bezugsrechtssteuer, bei liche Weise“ erhaltenen Stammaktien die allgemein bekannten Vorteile mit sich bringen.

Kapitalistische und juristische Findigkeit hat neuerdings, hervorgerufen durch die ihr unangenehm werdende Bezugsrechtssteuer, bei der Ausgabe von Gratis- oder billigen Aktien neuen Rat durch Gewinnverflechtung in Gestalt eines neuartigen Bonus (Sondergewinnausschüttung neben der Dividende) geschaffen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 250 d. J. u. a. darüber, daß das erste derartige „Finanzkunststückchen“ das Braunkohlenwerk „Eintracht“, Neu-Welzow, vollbracht hat. Dieses Unternehmen hat für seine Aktionäre neben der laufenden Dividende von diesmal 250 Proz. abseits der Generalversammlung eine Sonderauszahlung vorbereitet, zahlbar im nächsten Jahre in vielleicht ähnlicher Höhe. Nämlich: Der Aktionär gewährt der Gesellschaft ein Darlehen, die Gesellschaft aber liefert ihm schon nach einem Jahre mehr Jahreszinsen, als das ganze Darlehen beträgt. Ja, das Darlehen wird zunächst nicht einmal von ihm selbst gewährt, sondern von einem zwischen Gesellschaft und Aktionär tretenden Bankenkonsortium vor-geschossen.

Was sind die Ergebnisse? Vom Standpunkt der Aktionäre haben wir sie eben umschrieben, vom Standpunkt der Gesellschaft sind sie die folgenden: Die „Eintracht“ macht jeden Aktionär ohne sein Zutun zu ihrem Gläubiger. Die auf das Darlehen vorzunehmende Ausschüttung kommt als Zinsbetrag alle Jahre unter die Bank- oder sonstigen Zinsausgaben, kürzt also den Reingewinn, d. h. sie spart die Körperschaftsteuer. Es kann dahin kommen, daß dem Fiskus ein viel größerer Betrag an Steuern vorenthalten wird, als ihm aus dem eigentlichen Reingewinn zusteht. Würde ferner die Zuzahlung statt in Zinsgestalt in Form einer Genußschein- oder Aktiendividende aufgezogen, so hätte der Fiskus Hoffnung auf Stückestempel und Bezugsrechtssteuer. Auch diese bleiben ihm vorenthalten. Nicht einmal Schuldzinsen oder Schuldverschreibungen stellt die Gesellschaft aus, sondern als Verschreibungstitel dient einfach die Aktie; demnach: nicht einmal Schuldverschreibungsstempel soll der Fiskus beanspruchen.

Die offenkundige Steuerhinterziehung unserer Unternehmer- und Kapitalistenkreise erhält hierdurch einen neuen Beitrag. Systematisch schneidet man dem Staat, der nicht nach ihren Wünschen geformt ist, jede Blutzufuhr ab. Selbst große Konzerne, die mehrfach zu erkennen geben, daß sie sich ihrer Pflichten gegen Staat und Allgemeinheit bewußt seien, haben sich der ebengenannten eigennützigen Gewinn- und Steuerpolitik angeschlossen.

Die „Frankfurter Zeitung“ selbst bemerkt dazu: „Aber damit scheint uns eine derart geschraubte Konstruktion, so günstig und wiederholungsunfähig sie für die Aktionäre auch sein mag, nicht ohne weiteres gerechtfertigt. ... Dazu finden wir noch überflüssige Komplikationen wie die, daß das Darlehen mit 2 Prozent über Reichsbankdiskontsatz, höchstens um 10 Proz.“

und daß in Britetts, also auch hierin variabel, verzinst werden soll. ... Der Britettszins soll jeweils nach dem Britettspreis ermittelt werden, der am 10. Tage vor der Generalversammlung gilt. Mit dieser Bestimmung kennzeichnet man übrigens ganz deutlich den Charakter des ganzen Vorganges: Dieser erweitert die bisherige Marktdividende zu einer Dividende in gemischter Wä-luta; einen Teil wird man auch ferner als normale Dividende in Reichsmark berechnen, womit der statistische Dividendenfuß nicht allzu hoch erscheint und einen weiteren Teil berechnet man nach dem Braunkohlenwert. ...

Während man von der Arbeiterschaft Opfer an Löhnen und Arbeitszeit fordert, um die Mark zu stabilisieren und den „Preisabbau“ zu ermöglichen, zerbrechen sich im gleichen Augenblick Kapitalistenhirne den Kopf darüber, wie man am praktischsten und unauffälligsten durch „Gewinnaufbau“ und „Lohnabbau“ Fiskus und Arbeiterschaft prellt.

## Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Rieckisch.

### 5. Der erste deutsche Webertag. (Fortsetzung.)

Die Generaldebatte rückte drei Gesichtspunkte in den Vordergrund: Die Frage der Internationale, die Frage der Haltung gegenüber den Unternehmern und schließlich die Frage des Verhältnisses der einzelnen Berufswege zueinander. Ein Teil der Delegierten fühlte sich durchaus als Webervertreter und wollte lediglich die Weberinteressen behandelt wissen. Man habe einen Webertag und keinen Spinnertag einberufen, meinte Lippold-Glauchau. Mit Recht lehnte Ufert-Cheymitz diesen engherzigen Standpunkt ab. Er müsse es, so führte Ufert aus, der Versammlung ans Herz legen, nicht immer nur das Weberfach hervorzuheben, sondern zu bedenken, daß die Färberei, die Spinnerei und dergleichen mit der Weberbranche in innigem Zusammenhange stünden. Wenn heute eine Arbeitseinstellung in Szene gesetzt werden sollte, dann seien die Weber allein nicht imstande, den Streik durchzuführen, es müßten alle Arbeiter dazu helfen. Vereinzelt sei man nichts, vereintigt alles!

Mit der Frage der Haltung gegenüber den Unternehmern befaßte sich Thormann-Weida. Er sagte: Die Arbeiter hätten es verlernt, mit Takt und Selbstbewußtsein aufzutreten. Habe ein Arbeiter mit einem Unternehmer zu verhandeln, so schide er seine Frau. Suche man daher dahin zu wirken, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber energischer und selbstbewußter auftraten! Diese Mahnung war wohl mit Veranlassung worden durch einen Antrag Hase-Weid's, der vorschlug: „Gedruckte Formulare an alle größeren Firmen Deutschlands zu richten, in denen die Not und die gedrückte Lage der Weber denselben ans Herz gelegt werde und worin sie gebeten würden, den Lohn um mindestens 25 Proz. zu erhöhen.“ Daran, daß die Unternehmer „geben“ werden sollten, stießen sich verschiedene Delegierte. Bierhaufe-Osterode erklärte, das Interesse seiner Wähler gehe dahin, niemals eine „Bitte“ zu stellen. Er müsse sich im Namen und im Auftrage seiner Wähler gegen eine derartige „Bitte“ entscheiden verwehren. Auch Krösch-Berlin war damit einverstanden, daß man nicht „bitte“, sondern fordern. Mit richtigem Instinkt erkannten auch andere Redner, daß mit Zirkularen die Unternehmer nicht zu beeinflussen seien, sondern daß die Arbeiter durch ihren Zusammenstoß zu einem Mach-

faktor werden müßten, der Verhandlungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung erzwingen könnte.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurden auch die weichen Auffassungen Schadebrod-Frankenbergs abgelehnt, der darlegte, die Fabrikanten seien gegenwärtig selbst in mancher Beziehung gedrückt. Es setze sich die Einsicht durch, daß das schematische Verlangen von 25 Proz. Lohnzuschlag durch ein Zirkular nicht weiterhelfe, und etwas ungewöhnlich, aber nichtsdestoweniger begrifflich bei Scholz-Berlin, der 25-Proz.-Antrag möge zurückgezogen werden, „damit sich die Versammlung damit nicht zu ärgern brauche“.

Das meiste Kopfschütteln bereitete die Frage der Internationale. Zahlreiche Delegierte, die noch im politischen Schlepptau des Bürgergenossen festhingen, erschrafen vor dem Gedanken einer Arbeiterinternationale, die ihnen von ihren bürgerlichen Führern als ein fürchterliches Greuelgepenst gezeichnet worden war. In diesem Punkte zeichneten sich vor allem die Berliner durch ein Höchstmaß von Rückständigkeit aus. Es ist nicht immer so gewesen, daß die Berliner an der Spitze des Fortschritts marschierten und an politischer und wirtschaftlicher Weisheit die „Provinz“ überragten; vielleicht verzeihen es darum die Berliner Kollegen, wenn man sie auch heute nicht immer für Ausübende von Klugheit und Ueberlegenheit hält. Jedenfalls fand Krösch-Berlin, daß die Zeit für das internationale Prinzip „noch nicht reif“ sei. Jschodwig-Berlin berief sich auf seinen Mandatgeber, in deren Auftrag er sich dem internationalen Verband nicht anschließen könne. Scholz-Berlin ließ gar die Rage aus dem Saal. Man hätte einen Weber und nicht Bebel zum Referenten wählen sollen, sagte er, da auf Bebel der Schein der Parteiführerschaft falle. Einen Antrag Hirsch-Crimmitschau bezeichnete er als „Falle“. Dieser Antrag lautete:

1. Der erste Deutsche Webertag erkennt die Notwendigkeit einer Vereinigung aller deutschen Manufakturarbeiter unter sich und mit den Fachgenossen aller anderen Kulturländer — auf internationaler Grundlage — an und erklärt es für die Pflicht der Vorstände der bestehenden Organisationen, die Verschmelzung derselben zu einer einzigen anzubahnen, jedenfalls aber jetzt schon ein freundschaftliches und brüderliches Verhältnis zueinander einzunehmen und sich gegenseitig Auskunft, Warnung und Hilfe zu erteilen.
2. Die Vorortverwaltung der internationalen Manufakturergewerkschaft ist mit der Herausgabe eines in regelmäßigen Zeiträumen erscheinenden Zirkulars zu beauftragen, in welchem die Lohnverhältnisse der Weber zu besprechen sind und welches den Mitgliedschaften aller Gewerkschaften des In- und Auslandes und den heute hier vertretenen Innungen zuzufenden resp. von diesen zu halten ist.
3. Bei Vereinigung mit den Innungen verbleibt diesen selbstverständlich ihr Vermögen.“

## Vor dem Angebot.

Das deutsche Bürgertum fühlte sich im Ruhrstreit seines Sieges nicht mehr sicher; aus diesem Grunde schied es sich an, auf die Arbeiterschaft loszuschlagen. Im Reichstag mehren sich die Fälle, in denen die bürgerlichen Parteien unter Heffersichs und Hergts Führung geschlossen und brutal sich den Willensäußerungen der sozialistischen Parteien verschließen. Mit heimlicher Sympathie betrachten sie das tolle Treiben der nationalistischen Nord- und Terrororganisationen, und schon wurde auch damit begonnen, Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterschaft durchdrücken zu wollen. Die bürgerliche Presse ist des Geschreies voll über die Vorgänge in Mülheim, die freilich auch wir für höchst bedenklich halten; sie schweigt sich aber durchgängig aus über den ebenso ungeheuerlichen wie offensbaren Landesverrat, den die deutsche Schwerindustrie dadurch beging, daß sie die Galbschlagwischelanleihe sabotierte und die Marktflüchtigkeitsaktion der Regierung gewissenlos und verbrecherisch zu Fall brachte. Die bürgerliche Presse schweigt sich über diesen Landesverrat ebenso sehr aus, wie sie den anderen Landesverrat, der von der Ludwigshafener Soda- und Anilinfabrik begangen worden war, mit Stillschweigen übergangen hatte. Kein Staatsanwalt befaßte sich mit den reichs-verderberischen Prozentpatrioten, und die Reichsregierung, die sehr wohl in der Lage wäre, die Schuldigen des 18. April, des Tages unseres Marktzusammenbruchs, namhaft zu machen, hat nicht den Mut und nicht den Willen, das zu tun.

Die schändliche Haltung des deutschen Besitzes hat die Ruhrfront erschüttert. Wenn wenigstens ein Angebot ergangen wäre, bevor Lord Curzon gesprochen hätte, wäre die Möglichkeit gewesen, einigermaßen noch mit Ehren aus dem Konflikt hervorzugehen. Das ist nun bereits verfaßelt, und die Stunde, die man ungenutzt verstreichen ließ, kehrt niemals wieder. Lord Curzons Rede ist mehr ein Druck auf Deutschland als auf Frankreich; dieser Druck hat uns, wie sich in den nächsten Tagen immer deutlicher zeigen wird, endgültig den Rest gegeben. Unsere „Aktivität“ — die wir dringend in den vergangenen Wochen forderten — ist heute keine „Aktivität“ mehr; ein deutsches Angebot ist jetzt keine Tat freien, weitschauenden, staatsmännischen Willens mehr, sondern eine Handlung der Unfreiheit, zu der wir, ob wir wollen oder nicht, durch den Druck der Sachlage gezwungen sind. Wieder tun wir das — wie seit 1890 alles —, was notwendigerweise zu tun war, viel zu spät; dadurch brachten wir uns schon immer um die Früchte unseres politischen und wirtschaftlichen Kraft- und Arbeitsaufwandes; es ist zu fürchten, daß alle Opfer des passiven Widerstandes nutzlos gebracht wurden, weil wir nicht verstanden, mit Beschleunigung den Streit rechtzeitig abzuschließen. Das sind Tatsachen, die man anerkennen und mit denen man einfach weiterrechnen muß. Das deutsche Angebot kommt und es wird hoch sein. Im Verhandlungsstich aber werden wir uns der Entente gegenüber ungefähr in der Lage befinden, in der Oesterreich sich befand, als es durchaus die Völkerverbundshilfe erhalten wollte. Man wird uns demütigende und bedrückende Auflagen machen. Eine Finanzkontrolle wird uns kaum erspart bleiben; mit deren Hilfe, d. h. mit Hilfe des Auslands, wird unsere Schwerindustrie alsdann versuchen, die Sozialpolitik abzubauen und die Arbeiterschaft in tiefste wirtschaftliche Knechtschaft zu stoßen. Gerade in Oesterreich enthüllte sich von Tag zu Tag mehr, wie das Bürgertum um des Profits willen bereitwilligst das „Vaterland“ — das „heißgeliebte“ — zugrunde richtet. Hat Stimmes vor einiger Zeit nicht fertig gebracht, mit Hilfe Englands dem Reich die Eisenbahnen zu entwenden, so wird er jetzt zweifellos den Versuch auf neue Unternehmen, und er wird hoffen, in dem fremden Finanzkontrolleur einen brauchbaren und wohlgesinnten Helfer zu bekommen.

Abbau der Sozialpolitik, verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft erstrebt das deutsche Bürgertum, um seinen Anteil an den Leistungen und Reparationslasten auf ein Mindestmaß hinunterzubringen. Das Bürgertum sieht voraus, daß sich die Arbeiterschaft wehren wird; im Bewußtsein seiner gemeinsamen räuberischen Absichten fühlt es sich solidarisch, schließt es sich zu einem Block der „einen reaktionären Masse“ zusammen und bezieht bereits

Die Berliner Gegner der Internationale wurden unterstützt durch Delegierte aus dem Rheinland. Harms-Eberfeld stellte fest, daß er mit Bebel nicht ganz einverstanden sei, da er von der Ueberzeugung ausgehe, daß man erst auf nationalem Wege vorgehen müsse, um so mehr, als bei den partikularistischen Verhältnissen Deutschlands eine Einführung des internationalen Prinzips schwer möglich sei.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Antrags entbrannte der Kampf um das „internationale Prinzip“ am zweiten Verhandlungstage, Dienstag, den 30. Mai, noch einmal auf das heftigste. Uebermals verlangte Harms eine Organisation auf nationalem Boden. Krösch behauptete, der internationale Zusammenschluß bedeute die Vereinigung mit einer Partei; in seinen Augen sei die „internationale Genossenschaft“ nur eine Partei.

Während der Debatte hatten sich insbesondere die Sachsen auf den Boden der Internationale gestellt. Die sächsischen Arbeiter hatten bei dem fortgeschrittenen Stand der sächsischen Industrie ihre Erfahrungen mit dem Unternehmertum gemacht; ganz richtig betonte Schlesinger-Glauchau: Bezüglich des internationalen Prinzips verweise er darauf, daß die Unternehmer dies den Arbeitern auszubereiten suchten, trotzdem die Unternehmer es selbst in vollem Umfang bemußten. Was aber die Unternehmer den Arbeitern auszubereiten versuchten, sei in der Regel gut. Mit guter Ironie sagte Stehfest-Crimmitschau, die Berliner Abgeordneten bräuchten sich vor dem internationalen Prinzip wirklich nicht zu fürchten. Sogar eine sächsische Frau Heuschel-Crimmitschau übertrug die Berliner; sie versicherte, nur die internationale Genossenschaft sei imstande, die Arbeiter zu retten.

Im Schlußwort zu seinem Antrag bekannte Hirsch, daß ihm manche Redner die „Galle ins Herz getrieben hätten“. Die Fabrikanten selbst machten den umfassendsten Gebrauch von den internationalen Vereinigungen, und es sei daher Pflicht der Arbeiter, ebenfalls davon Gebrauch zu machen. Unmittelbar vor ihm noch hatte Bebel dargelegt, daß die internationale Vereinigung die Organisation der Zukunft sei. Sämtliche Fabrikanten Deutschlands blickten mit dem Gefühl der Beängstigung auf Glauchau; würde man den Antrag Hirsch ablehnen, so würden sie jubeln und der Webertag würde resultatlos sein.

Der Webertag blieb resultatlos; so viele eindringliche Worte übten Wirkung aus. Bei der namentlichen Abstimmung über den ersten entscheidenden Punkt des Antrags Hirsch stimmten 131 Delegierte dafür und nur 2 (Krösch und Schadebrod-Frankenbergs) dagegen. Der Webertag hatte gezeigt, daß er die Notwendigkeiten der Klassenlage der Arbeiterschaft begriffen hatte, daß er nicht in Zweifel darüber sei, wie in der Tat eine internationale Vereinigung des Proletariats dem Proletariat unbefähigte Kräfte verleihe.



keine Kampfstellung gegen das „störrende“ Proletariat. Die jüngsten Ereignisse im Reichstag, in deren Verlauf das Bürgertum ein Uebermaß an Uebermut und behebiger Herausforderung an den Tag legte, war schon eine Kläfferei. Diesen Dingen muß ins Gesicht gesehen werden, sollen sie nicht eines Tages mit erdrückender Wucht und überraschender Blödsinnigkeit auf uns hereinbrechen.

Einer der festesten Stützpunkte zur Verwirklichung der bürgerlichen Pläne ist Bayern. Insofern billigt wohl die Mehrzahl der bürgerlichen Politiker die dortigen Zustände. Nur deshalb konnten sie auch bis zum heutigen Tage fortdauern. Nicht von ungefähr wird Sachsen und Thüringen gegenüber mit ungleichem Maße gemessen; die dortige Entwicklung ist ein Hindernis auf dem Wege zu einer vollständigen Niederknüpfung der deutschen Arbeiterschaft. Der republikanischen Arbeiterschaft soll jenes Maß von Macht ausnutzung nicht erlaubt sein, das man dem reaktionären bayerischen Bürgertum bedenkenlos zugestehet. Und das Bürgertum zwinkert verständnisvoll mit den Augen, wenn Wulle, Graefe und Henning mit lecker Stirn und feigem Herzen behaupten, die Umsturzpläne, die man bei ihnen fand, seien nur humoristisch gemeint gewesen. Daß unsere Nationalisten fomisich sind, ist gewiß wahr; ihre Komik ist jedoch unfreiwillig. Ihre Absichten, die „Novemberverbrecher“ zu hängen, sind zweifellos ernsthaft gemeint; wenn sie humoristisch wirken, ist es nicht das Verdienst dieser deutschen Heiden. Es gibt Teile der deutschen Arbeiterschaft, die sich über die Frage der großen Koalition noch den Kopf zerbrechen. Sie quälen sich mit überflüssigen Sorgen. Es hat den Anschein, daß das deutsche Bürgertum heute lieber Hand in Hand mit der französischen Schwerindustrie gegen die deutsche Arbeiterschaft als mit der deutschen Arbeiterschaft gegen die französische Schwerindustrie regieren will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unsere Sozialdemokratische Partei über kurz oder lang in die Lage der österreichischen Bruderpartei verfeßt sehen wird.

Immer haben wir betont, daß der Ruhrstreik der Arbeiterschaft zwei Aufgaben auferlege: eine außenpolitische und eine innenpolitische. Die außenpolitische Aufgabe erfordert sowohl den passiven Widerstand wie gleichzeitig die Erzwingung einer Regierungspolitik, die durch ein tugendliches Angebot den Konflikt beenden kann. Auch wenn der günstige Augenblick schon verpaßt ist, muß das Angebot nunmehr nichtbestoweniger kommen. Noch streiten sich Regierung und Industrie um die Frage der Garantien; dabei zeigt sich wieder, wie schwach die Regierungsautorität gegen unsere Wirtschaftsgewaltigen ist. Gerade an diesem Punkt tritt die innenpolitische Aufgabe der Arbeiterschaft zutage. Der Besitz muß Lasten tragen; sein Widerstand ist zu brechen, der unerhörte Zustand, daß durch Lohnabzug zwanzigmal mehr Steuern aufgebracht werden als durch die Steuerleistungen des Kapitals, muß sein Ende finden. Auf dieses Ziel hin muß die Arbeiterschaft nunmehr ihre gesamte Kraft konzentrieren. Denn, täuschen wir uns nicht: der Kampf gegen das profitstüchtige deutsche Bürgertum, das sich gegen eine gerechte Lastenverteilung sträubt, wird aller Voraussicht nach so schwer und hart sein, wie der Kampf gegen den französischen Imperialismus es war und gegenwärtig noch ist.

### Die Besetzung des Ruhrgebiets und die Arbeiterschaft.

In den sieben zur Bezirksfiliale Köln gehörenden Ortsgruppen fanden im vergangenen Monat eine Anzahl Mitgliederversammlungen statt, in welchen Kollege Schmidt, Köln, über obiges Thema sprach. Alle Versammlungen wiesen einen glänzenden Besuch auf, ein Zeichen, daß dieses Thema die Gesamtarbeiterschaft aufs lebhafteste interessiert.

In ausführlichen Darlegungen behandelte Kollege Schmidt die geschichtliche Entwicklung der europäischen Nationen, insbesondere Englands, Frankreichs und Deutschlands und ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge. Vornehmlich sei es England gewesen, welches seit jeher ein Interesse daran hatte, auf dem europäischen Festlande immer zwei streitende Brüder zu züchten, um seiner außer-europäischen Politik ungehindert nachgehen zu können. Diese Rolle sei jetzt mehr als hundert Jahren Frankreich und Deutschland zugefallen.

Die Darlegungen über die Entwicklung des Militarismus in den verschiedenen Ländern zeigen uns, daß überall dort, wo die Arbeiterschaft politisch und gemeinschaftlich am weitesten vorgeschritten ist, sein Einfluß nicht in dem Maße zur Geltung kommen wie in jenen Ländern, wo die Arbeiterschaft zerrissen und ohne größeren Einfluß auf die Geschicke des Staates ist, wie heute in Frankreich, Italien und in gewisser Beziehung in Rußland.

Die Methoden der Friedensschlüsse des letzten Jahrhunderts zeigen uns, daß sie sich, obwohl von Monarchie zu Monarchie geschlossen, von demjenigen des Jahres 1919 wesentlich unterscheiden. Bei den früheren Friedensschlüssen wurde die Lebensfähigkeit des besiegten Staates immer noch garantiert; nie sind so elende Produkte an Friedensverträgen geschlossen worden wie 1919.

Schon der Waffenstillstand, der unter dem Motto der 14 Wilsonschen Punkte geschlossen werden sollte, zeigte uns, daß die politischen Größen Wilson und Lloyd George die Segel vor dem siegreichen Militarismus streichen mußten. Die Diktatur feierte Triumphe, die entstehen aus der schrankenlosen Ausnutzung des Sieges. Das erlebten wir in Rußland im Siege im Klassenkampf, bei der Entente im nationalen Kampfe.

Die Besetzung des Ruhrgebietes ist die Fortsetzung der militärischen Diktatur, die unterstützt wird von dem gewalttätigen Aufwärtstreben der französischen Schwerindustrie. Man will an Stelle wirtschaftlicher Verständigung die französisch-europäische wirtschaftlich-militärische Hegemonie setzen.

Die französische Schwerindustrie verlangt zu den lothringischen Erzen die westfälische Kohle und Roks, — objektiv betrachtet, ein durchaus zu verstehendes Verlangen, doch die eingeschlagenen Wege sind die denkbar ungeeignetsten dazu.

In politischer Beziehung ist das Beginnen der Franzosen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das gesamte Mitteleuropa. Frankreich unterstützt die Angoraturken in Laufanne und stärkt den Widerstand gegen England, es unterstützt die italienischen Faschisten, sowie die tschechischen Nationalisten in ihren politischen Anprüchen; es entsetzt so die sogenannten „Einfreisung“ der Mittelmächte auf neue. Ferner: ein militärisch unbeflegbares Frankreich, welches gleichzeitig die größten Eisen- und Kohlenfelder Europas unter seiner Gewalt vereinigt, wird früher oder später von Rußland umworben werden; der Osten wird sich an den Westen anlehnen und die Zwischenstaaten vernichten.

Und so müssen wir die Besetzung des Ruhrgebietes nicht von der Seite der nicht erfüllten Vertragsbestimmungen beurteilen, sondern nur vom wirtschaftlich-politischen Standpunkte aus. Die Aufstellung über das, was Deutschland seit Waffenstillstand an Sach- und Arbeitsleistung bezahlt hat, übersteigt alles bisher in der Weltgeschichte Dagewesene. Deshalb ist der französische Einwand der Erzwingung der Vertragserfüllung so lächerlich, wie das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiete verbrecherisch ist.

Die Gefahren, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes für uns bestehen, zeigt Karl Kautsky in folgendem:

Der Zerfall des Reiches in wirtschaftlich schwache Staatengebilde, die Abkürzung der deutschen Wirtschaft von ihren letzten Kohlengebieten, die Ueberherrschung eines übermächtigen französischen Montantrustes über Mitteleuropa; die Zerstückelung unserer proletarischen Kampforganisationen und Unterwerfung unter die riesenhaftesten Kapitalmächte; die Aufhebung des Achtstundentages; die Beseitigung der demokratischen Reichsverfassung für die abgetrennten Teile; die offene oder verschleierte Angliederung dieser Landesteile an ein sprachlich und kulturell fremdes Land und damit ein beherrschendes Vordringen der Nationalitätenfrage in das Geistesleben auch der Arbeiterschaft, welches gleichbedeutend ist mit einem Erlahmen des Klassenkampfes.

Und deshalb ist der Kampf der Ruhrarbeiterschaft auch der Kampf der gesamten internationalen und der deutschen Arbeiterschaft insbesondere, deshalb sind alle Anwürfe der Kommunisten gegen den ADGB wegen der Einheitsfront mit den Unternehmern so lächerlich, wie sie der Gesamtkampftaktik nur schädlich werden können. Mit Freuden ist festzustellen, daß der nationale Rummel, der in den ersten Tagen vorherrschend war, und dem leider auch eine ganze Anzahl Arbeiter nachplärrten, einer merklichen Abkühlung gewichen ist. Man erinnere sich nur der stürmischen Demonstrationen, die den verhafteten Grubenbesitzern dargebracht wurden! Redner war selbst Zeuge eines derartigen Aufmarsches in Bonn, wo einem die Schamröte ins Gesicht steigen mußte, wenn man sah, wie die Situation von Nationalisten ausgenutzt wurde, um unter dem Volk die notwendige „Stimmung“ zu erzeugen.

Heute hat die Arbeiterschaft die Führung des Kampfes in ihren Händen; Aufgabe der Gesamtarbeiterschaft ist es, darüber zu wachen, daß sie dieselbe bis zum Ende behält. Keine geringere als die „Kölnische Zeitung“ rang sich in den Tagen des Zugeständnis ab: „Heute hat die deutsche Arbeiterschaft das Schicksal des Reiches in Händen.“ An den Kreisen um die „Kölnische Zeitung“ liegt es, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen und mit der Arbeiterschaft dafür einzustehen, daß ihr bei den kommenden Friedensverhandlungen der Platz und die Rechte zugesprochen werden, auf die das Gesamtproletariat auf Grund seiner Opfer und seines Anteils an dem Kampfe im Ruhrgebiet nicht nur ein Recht hat; es ist auch eine Dankspflicht des gesamten Reiches, dafür einzustehen, daß der Arbeiterschaft ihre Rechte werden.

Aufgabe des deutschen Proletariats ist es, in dieser Richtung seine ganze Politik einzustellen. Deshalb muß es heißen: Ablassen von der Zerstückelung der Arbeiterklasse, einzig gehen in dem Kampfe gegen die Bestrebungen des französischen Militarismus und Kapitalismus, denn von diesen beiden droht der deutschen Arbeiterklasse gegenwärtig die größte Gefahr. Daneben dürfen wir keinesfalls vergessen, daß auch der deutsche Kapitalismus unser argster Feind ist, denn stets streng auf die Finger gesehen werden muß. Wie wenig gerade dieser an eine nur bei den Kommunisten „bestehende“ Einheitsfront mit den Spitzenverbänden der Arbeiter denkt, geht aus seiner Stellungnahme in den letzten Wochen den Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber hervor. Er hat der Arbeiterschaft den schärfsten Kampf angelegt und bereitet einen großzügigen Lohnabbau vor, der durch das Nichtbewilligen von Lohnerhöhungen in vollem Gange ist.

Verfehlt ist es aber, auch in den Köpfen der deutschen Arbeiter den Gedanken zu nähren, als könnten uns die ausländischen Brüder große Hilfe in unserem Kampfe angeheihen lassen. Und hierin leistet gerade die kommunistische Presse grobärriges; jeden einfachen Lohnkampf, der in Frankreich entbrennt, sucht sie als große Hilfsaktion des französischen Proletariats darzustellen, und immer wieder muß dann ihre gläubige Leserschaft erkennen, daß nach Bewilligung der materiellen Forderungen die Arbeiter wieder ruhig ihre Tagesarbeit aufnehmen. So nährt die kommunistische Presse Hoffnungen in den Herzen der Arbeiter, denen um so größere Enttäuschungen folgen müssen. In dem Kampfe im Ruhrgebiet kann der Arbeiterschaft nur die Aussprache der wahren Tatsachen helfen und dienlich sein. Und diese sind: daß wir weder auf die Hoffnungen einer englischen Vermittlung uns verfeßen, denn die gegenwärtige englische Politik entspringt allem anderen als einem freundschaftlichen Gefühl gegenüber Deutschland, daß wir ferner auf eine tatkräftige Hilfe der ausländischen Arbeitsbrüder, außer in materieller und geringer moralischer Hinsicht, nicht hoffen dürfen.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Konsequenz: die deutsche Arbeiterschaft ist auf sich selbst angewiesen, sie selbst muß alles versuchen, um den Eindringling vom Halse zu bekommen. Wir verlassen dabei keineswegs die heldenhaften Vorkämpfer der internationalen Sozialisten und Kommunisten, aber diese zeigen nur deutlich, wie wenig politische Führer noch in dem Abwehrkampf der deutschen Arbeiter mit letzteren einig geben.

Die Erkenntnis, daß das internationale Proletariat zu großen politischen Aktionen noch nicht reif ist, ringt sich auch bei den Kommunisten allmählich durch. Das heutige Schlagwort: „Bildung einer Arbeiterregierung“ ist ein Wertstein auf dem Wege des Rückzuges von ihrer ursprünglichen Forderung der reinen Diktatur des Proletariats. Die Forderung der Arbeiterregierung setzt voraus die Erkenntnis, daß wir in Deutschland nicht als einzelne Partei die politische Macht übernehmen können, sie strebt also ebenfalls eine Koalitionsregierung an mit dem Unterschied, an Stelle der bürgerlichen die Arbeiterparteien als Regierungsparteien zu nehmen, unter Hinzuziehung der Gewerkschaften; sie will an Stelle der sozialdemokratischen Koalitionspolitik die proletarische Klassenpolitik setzen, vorausgesetzt, daß letztere möglich ist. Es muß aber auch der kommunistischen Leitung klar sein, daß wir in Deutschland nicht nur freiorganisierte Arbeiter und sozialdemokratische und unabhängige Arbeiter haben, sondern auch christliche, hirsche und indifferente, neben dem gesamten Bürgertum, welche insgesamt heute leider noch die Mehrheit des Volkes und im politischen Leben stellen; diese stehen nicht nur der Forderung einer Arbeiterregierung höchst gleichgültig, sondern zum größten Teile direkt feindlich gegenüber. Und von diesen Voraussetzungen ausgehend und von der unbedingt auch bei den Kommunisten vorhandenen Erkenntnis, betrachtet Redner die ganze Forderung der Arbeiterregierung nicht anders als ein Rückzugsgesucht vor der Arbeiterschaft. Wenn man weiter die Verhandlungen des letzten kommunistischen Parteitages betrachte, so komme man unwillkürlich zu dem Schlusse: Was ist nun der Unterschied zwischen der alten sozialdemokratischen Taktik und dem Versuch der kommunistischen Partei, mehr als bisher den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen?

Der Redner erwähnte die Kommunisten, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen. Der Kampf im Ruhrgebiet kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die deutsche Arbeiterschaft einig geht, einig in den Methoden des Kampfes und einig im Ziele. Dann verhalten wir das, was unsere größte Befürchtung sein muß, nämlich, daß die Arbeiterschaft bei den Schlußverhandlungen ausgeschaltet werden könnte, auch auf den Abschluß und die schnelle Beendigung der Ruhrbesetzung ohne Einfluß bleiben könnte, denn eine zerrissene Arbeiterschaft hat nicht die Macht, die Regierung zu zwingen, Verhandlungen anzubahnen und zu suchen, wo sie nur möglich sind. Denn die gesamte Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, so bald wie möglich in geordneten Bahnen ihr Tagewerk zu vollbringen. Sie lehnt es ab, und insbesondere die unter der Besetzung stark leidende Arbeiterschaft, sich unter das Joch eines übermächtigen französischen Militarismus und Kapitalismus zu beugen; aber ebenso entschieden fordert sie von der deutschen Regierung, kein Mittel unversucht zu lassen, um zu einer Verständigung zu kommen, damit die unmenslichen Qualen der Arbeiterschaft ihr Ende nehmen. Ihr den Weg zu zeigen und sie zu führen, muß Aufgabe sein der Arbeiterschaft.

Reicher Beifall lohnte die klaren Ausführungen des Referenten. In fast allen Versammlungen wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Die wenigen Diskussionsrader verhielten sich, ohne auf den sachlichen Inhalt des Referates einzugehen, an dem ADGB und der Amsterdamer Internationale zu reiben und diese für alles verantwortlich zu machen. Im Schlußwort wurden sie jedoch leicht abgefertigt.

### Der Verband sächsischer Industrieller gegen die sächsische Regierung.

Am 15. April 1923 hielt der Verband der sächsischen Industriellen seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Geschäftsbereich erstattete der Syndikus des Verbandes, Herr Dr. Johannes März, aus dem Bericht ging hervor, daß die sozialdemokratische Regierung Sachsens den Industriellen recht un bequem ist. Deshalb

war wohl die Tagung der sächsischen Industriellen in der Hauptsache darauf zugeschnitten, Protest gegen das Kabinett Zeigner einzulegen. Daß sich die sächsischen Industrieller mit der sozialdemokratischen Regierung Sachsens nicht abfinden wollen, ist uns immerhin verständlich. Die Argumente jedoch, mit denen die sächsischen Industriellen ihren Protest begründeten, sind nicht stichhaltig; ihnen fehlt die innere Wahrhaftigkeit. Es ist doch ausgelegter Schwindel, wenn die sächsischen Industriellen behaupten, daß unter der gegenwärtigen Regierung die wirtschaftliche Sicherheit gefährdet sei. Eine Organisation, die ernst genommen werden will, sollte mit derartigen Behauptungen Proteste gegen eine Regierung nicht begründen. Wir haben zunächst unseren Augen nicht getraut, als wir über den Bericht des Herrn Dr. März in der „Leipziger Wochenschrift der Textilindustrie“ folgendes lesen mußten:

„Der Verband hatte im abgelaufenen Jahre reichlich Gelegenheit, seinen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und auf Befehlgebung und Verwaltung in dem Sinne zu wirken, daß für das Wirtschaftsleben Deutschlands größtmögliche Steigerung der gesamten Erzeugung von Werten auf allen Gebieten nötig ist, um einigermaßen leistungsfähig und ausfuhrfähig zu werden, daneben größte Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwertung und öffentlichen Tätigkeit, Ziele, für deren Erreichung allerdings ein einheitliches Zusammengehen aller Teile des deutschen Volkes unerläßliche Vorbedingung ist.“

Weider ist es in Sachen besonders schwierig, diese Ziele zu erreichen, da die sächsischen politischen Verhältnisse sich auch in dem letzten Jahre immer mehr nach der Seite des Klassenkampfes hin verschärft haben, wodurch Produktion und Wirtschaft in ständiger Unruhe gehalten werden und Schädigungen erleiden. Lieferungen auf Zeit, die mit großen Anzahlungen verbunden sind, werden neuerdings sächsischen Firmen deshalb nicht mehr erteilt, weil man außerhalb Sachsens vermutet, das gebestellte Ware und geleistete Anzahlung gefährdet sei. Das gesamte sächsische Volk, vor allem auch die Arbeiterschaft, hat aber ein dringendes Interesse daran, daß die politische Unruhe in Sachsen sobald als möglich beseitigt werde, damit sich nicht die Meinung festsetzt, die ganze sächsische Industrie sei durch besonders labile politische Verhältnisse in ihrer Leistungsfähigkeit mehr gefährdet, als sie in anderen Teilen des Reiches befindliche Industrie.“

Diese Ausführungen werden dann durch eine Resolution besonders gestützt. In der Resolution wird unter Ziffer 1 gesagt:

„Mit starker Beunruhigung blickt die sächsische Industrie auf die Vorgänge in der sächsischen Regierung und im Landtage. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten besteht die erste Bedingung, daß die neue Regierung den Klassenkampf zur Grundlage ihrer Politik machen und lediglich die Vertreterin der sozialistisch-kommunistisch gesinnten Arbeiterschaft sein wird. Sie will in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sich nicht über die Parteien stellen und läßt jede Erklärung über die notwendige Fürsorge für die Steigerung der Produktion, die Hebung der Ausfuhr und andere Erfordernisse einer praktischen Wirtschaftspolitik vermissen. Die sächsische Industrie und das ganze Wirtschaftsleben haben das Schlimmste von einer Regierung zu erwarten, die sich der Kommunisten gegenüber verpflichtet hat, unter dem Namen von Kontrollauschüssen, einer Arbeitnehmerkammer und des proletarischen Ordnungsdienstes Einrichtungen ins Leben zu rufen, die von den kommunistischen Teilnehmern an der Regierungsbildung als Handhabe zum Bruch der Reichs- und Landesverwaltung gedacht sind.“

In Sachsen ist die Rechtsicherheit jedenfalls stärker gewahrt als wie dies in manchen anderen Bundesstaaten des deutschen Reiches der Fall ist. Immerhin werden die sächsischen Industriellen versuchen, die Reichsregierung gegen die sächsische Regierung scharf zu machen und es hat den Anschein, daß die Reichsregierung, die gegenüber den bayerischen Zuständen beide Augen zudrückt, sehr leicht zu bewegen sein dürfte, gegen die sächsische Regierung Front zu machen. Hinzukommt noch, daß, wenn die Proteste der Industriellen auch noch so unbegründet sind, die Reichsregierung jedenfalls sehr leicht geneigt ist, dem Willen der Industriellen Geltung zu verschaffen. Die sächsische Regierung selbst wird den Protest der Industrie an sich so werten, wie er verdient.

Daß gegen die Ueberstundenverordnung des früheren sächsischen Arbeitsministers, Kollegen Jädel, ebenfalls wieder Einspruch erhoben wurde, versteht sich am Rande.

Wir können den Schmerz der Industriellen, den sie deshalb empfinden, daß sie sich in Sachsen mit einer sozialdemokratischen Regierung abfinden müssen, verstehen. Es wird auch sein, daß die sächsischen Industriellen in ihrem Schmerz einmal etwas Rückschau halten in der sächsischen Geschichte, und dann merken sie finden, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß in Sachsen Bandal und Industrielle unter Ausschluß der breiten Volksmassen das Land regierten. Ja, das war eine herrliche Zeit! Zur Herbeiführung solcher „idealen“ Zustände wird auch durch Annahme von noch so schönen Resolutionen nichts beigetragen. In nächster Zeit werden sich die politischen Machtverhältnisse in Sachsen nicht zugunsten der Unternehmer, sondern jedenfalls immer weiter zugunsten der Arbeiterschaft entwickeln.

Den Unternehmern möchten wir den wohlgemeinten Rat geben, sich mit Würde in diese Verhältnisse zu schicken und sich mit ihnen geduldig abzufinden.

### Die gewerblichen Fachschulen in Preußen

werden zum größten Teile gemeinsam vom preußischen Staate und den Städten resp. Gemeinden unterhalten, in welchen sich die betreffenden Schulen befinden.

Städte und Gemeinden haben sich früher aus freien Stücken dazu entschlossen, Verpflichtungen für solche Schulen zu übernehmen.

In der Nachkriegszeit sind aber viele früher blühende Gemeinwesen in eine arge Verfallung geraten, die von Tag zu Tag immer drückender wird. Infolgedessen sind dieselben nicht mehr in der Lage, die gleichen prozentualen Aufwendungen für Schulen zu machen wie bisher, da sie diese Aufwendungen nicht durch Einnahmen decken können. Die mitunter recht erheblichen Aufwendungen haben zur Schuldenvermehrung erheblich beigetragen. Infolgedessen verlangen in der letzten Zeit solche Städte und Gemeinden von der preußischen Staatsregierung, daß der Staat höhere Zuschüsse als bisher zur Aufrechterhaltung und Fortführung dieser gewerblichen Fachschulen leisten möge. Diese Zuschüsse des preußischen Staates waren verschieden, betragen jedoch meistens zwei Drittel der gesamten Aufwendungen.

Eingaben, um höhere Zuwendungen zu erhalten, die an die preußische Staatsregierung gerichtet waren, war nicht der gewünschte Erfolg beschieden, weil diese Zuschüsse im allgemeinen an den aufgestellten und vom Landtag genehmigten Etat gebunden waren. Es galt deshalb, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtage brachte darum bei der Beratung des Etats für Handel und Gewerbe folgende Anträge ein:

Nr. 4823. Aenderungsantrag.

Der Landtag wolle beschließen: im Kapitel 69 Tit. 10 der bauernden Ausgaben (Unterstützung der gewerblichen Fachschulen) die Titelsumme von 8 893 000 Mk. zu erhöhen um 3 107 000 Mk., mithin den Titel festzusetzen auf 12 000 000 Mk.

Nr. 4824. Entschließungsantrag.

Der Landtag wolle beschließen: Von der im Kapitel 69 Tit. 10 erhöhten Summe von 3 107 000 Mk. die Lehrfachschulen, darunter ganz besonders die in schwerer finanzieller Bedrängnis befindliche Lehrfachschule in Langenbielau, zu berücksichtigen.

Zur Begründung dieser Anträge führte der Redner der Sozialdemokraten Abg. Kollege Lang- Langenbielau an:



Meine Damen und Herren, zweifellos gehört schon die Schulung der Jugend zu den wichtigsten und auch ehesten Aufgaben jedweden Gemeinwesens, vor allem natürlich auch des Staats. Daneben haben wir aber der weiteren Schulung der heranwachsenden großen Interesse zuzuwenden, vor allem der Durchbildung und Weiterbildung für die Aufgaben, die die Erwachsenen und Heranwachsenden im gewerblichen Leben zu erfüllen haben. Deshalb haben die verschiedensten Redner bei der allgemeinen Besprechung über die gewerblichen Schulen schon manches Wichtige gesagt. Ich verweise besonders auf die Ausführungen meines Parteifreundes zu dieser Frage.

Wir sind aber der Meinung, daß wir nicht auf dem gleichen Wege wie bisher hinsichtlich der Subventionierung solcher Schulen fortschreiten können, die für das gewerbliche Leben Ausbildungsmöglichkeiten in sich tragen. Wir haben Ihnen deshalb von unserer Partei aus zwei Anträge vorgelegt, die Titelsumme in Kap. 69 Tit. 10 um den Betrag von 3 107 000 Mk. auf 12 Millionen Mark zu erhöhen. Wir sind der Auffassung, daß zurzeit die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden ziemlich im Argen liegen. Wir haben eine Reihe von Gewerbeschulen, die gemeinsam von Staat und Gemeinden oder Städten unterhalten werden. Ich brauche Ihnen heute nicht zu sagen, daß eine ganze Anzahl von Städten und Gemeinden so ungeheuer im Dalles sitzen, daß manche von ihnen geradezu vor dem finanziellen Bankrott stehen. Und wenn man auf dem gleichen Wege wie bisher bleiben würde, kann es geschehen, daß eine Reihe solcher wichtigen Institutionen für die Allgemeinheit nicht mehr so wirksam sein können, weil die Gefahr besteht, daß sie aufgelöst werden müssen. Vor dieser Tatsache stehen verschiedene Schulen in der Textilindustrie.

Sie wissen, die Textilindustrie ist eine ziemlich große Industrie, die in Deutschland 1 Million Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, augenblicklich allerdings weniger, und auch Kurzarbeiter, weil die Industrie von einer großen Krise betroffen ist. Aber diese Schulen sind doch für die Textilindustrie von großer Bedeutung, ebenso wie die anderen Gewerbeschulen für die anderen Industrien. Nun haben wir in verschiedenen Städten und Gemeinden Schulen, die nicht nur solchen Personen Wissen angedeihen lassen wollen, die Betriebsleiter, Werkdirektoren usw. werden, sondern auch solchen, die untergeordneten Funktionen eines Aufsehers, Meisters, Obermeisters usw. übernehmen. Wenn nun einzelne Gemeinden solche Schulen nicht mehr so unterstützen können wie bisher, erwächst damit der deutschen Volkswirtschaft eine ungeheure Gefahr. Das darf es unter keinen Umständen geben. Bisher hat nun der Staat im allgemeinen zwei Drittel dieser Ausgaben getragen, die Gemeinden ein Drittel. Die Ausgaben sind aber so gewachsen, daß die Gemeinden das Drittel nicht mehr aufbringen können, und es muß möglich sein, die Gemeinden mit größeren Mitteln zu versorgen, d. h. der Staat muß einen größeren Prozentsatz als bisher übernehmen, damit die Schulen bestehen bleiben können. Wir hoffen das dadurch zu erreichen, daß wir diese Titelsumme so erhöhen, daß die Staatsregierung es in der Hand hat, nicht schematisch, sondern da, wo es nötig ist, einzugreifen. Die Verhältnisse liegen da überall verschieden. Sie liegen da am schlimmsten, wo die Gemeinden oder Städte auf eine Industrie angewiesen sind. Deshalb haben wir in einem unserer Anträge auf Längensielau in Schlesien hingewiesen.

Längensielau ist ein Ort, der nur von der Textilindustrie abhängig ist. Wenn diese Industrie eine Krise durchmachen muß, ist damit auch sofort die Tätigkeit der Gemeinde lahmgelegt, weil dann die Einnahmen nicht so herinkommen, wie es nötig ist. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, daß die Gemeinde, die im vergangenen Jahre, ohne daß eine Krise eingetreten wäre, einen Zuschuß von 150 000 Mk. der Schule gewährt hat, in den zwei ersten Monaten des Jahres schon einen Zuschuß von mehr als 2 Millionen gegeben hat. Wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, was wir nicht voraussehen können, hat die Gemeinde für die Aufrechterhaltung dieser Schule einen Zuschuß von annähernd 60 Millionen Mark zu zahlen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist natürlich undenkbar. Wir haben uns erst vor einigen Wochen in einer Sitzung des Kuratoriums dieser Schule gelegentlich der Abschlußprüfung der Schüler im Beisein des Professors Gürtler darüber unterhalten, und es wurde vom Gemeindevorstand unabweisend zum Ausdruck gebracht, daß die Schule in kurzer Zeit aufgelöst werden müsse.

Wie es hier in Längensielau ist, ist es bei den meisten Textilfabriken, vielleicht auch bei anderen gewerblichen Schulen. Da diese Schulen im Volkswirtschaftsleben große Bedeutung haben, dürfen wir nicht sagen:

Es erben sich Geseh und Rechte  
Wie eine ewige Krankheit fort.

Wir dürfen also nicht in irgendeinem Kapitel die Summe genau so hoch einsetzen wie vorher, sondern müssen den Verhältnissen Rechnung tragen und, wenn es sich um Sachen von so großer volkswirtschaftlicher Bedeutung handelt, einschreiten und einmal etwas Besonderes tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das glauben wir auf diese Art und Weise erreichen zu können. Wenn früher schon diese Schulen wertvoll waren, sind sie es heute noch mehr bei der Befehung des Ruhrgebietes unter all den Begleiterscheinungen und Auswirkungen, denen wir noch gegenübergestellt sein werden. Wir haben heute also noch mehr wie je zuvor ein Interesse an der Durchbildung aller derjenigen, die im Produktionsprozesse stehen. Unsere Volkswirtschaft wird sich in der Zukunft nur aufrechterhalten und durchbringen können, wenn der einfachste Arbeiter bis hinauf zum Generaldirektor als Qualitätsarbeiter ausgebildet ist und durch Qualitätsarbeit denen anderer Staaten mindestens gleichkommt oder, noch besser, sie übersteigt. Deshalb habe ich mich gefreut, daß besonders der Redner der Demokratischen Partei in Aussicht gestellt hat, daß seine Partei für unsere Anträge stimmen werde. Ich nehme an, da das keine Parteifrage ist, daß alle Parteien einmütig auf diesem Standpunkt stehen und also die Möglichkeit besteht, unsere Volkswirtschaft zu fördern durch Unterstützung der gewerblichen Schulen, indem den Gemeinden die entsprechenden Zuschüsse gegeben werden und, was die Hauptsache ist, auch rechtzeitig. (Bravo!)

Erfreulicherweise fanden beide Anträge einstimmige Annahme. Da sämtliche im Etat genannten Zahlen sich zurzeit — nach einem im vergangenen Jahre festgelegten Schlüssel — um das zifra 60fache steigern, so stehen dem Handelsministerium rund 200 Millionen Mark mehr für die Unterhaltung resp. für Zuschüsse für die gewerblichen Fachschulen zur Verfügung, so daß auf Antrag der Zuschuß für die einzelne Fachschule in dringenden Fällen ganz wesentlich über 66% erhöht werden kann.

### Wissen ist Macht.

Diese Erkenntnis ist allen vorwärtsstrebenden Menschen zu eigen und alle aufwärtsstrebenden Klassen erkennen die Notwendigkeit einer guten Schulbildung.

Auch die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse erkannten frühzeitig die Notwendigkeit der Aufklärung und Weiterbildung der Arbeiter. Sie schufen Bildungsvereine und Bibliotheken und versuchten in Vorträgen auf die Arbeiterschaft aufklärend einzuwirken. Die Schwierigkeiten, die hierbei überwunden werden mußten, waren nicht gering.

Die Kenntnisse, die die Proletarierkinder in der Volksschule erwarben, bestanden ja im wesentlichen nur im Lesen und Schreiben. Der Geschichtsunterricht erschöpfte sich in der Hauptsache in Bekanntgabe der Namen wichtiger Schlachten und dem Auswendiglernen der Namen deutscher Prinzen und ihrer Geburtstage. Der Religionsunterricht aber untergrub vollends den Antriebe zu weiterem Denken und Forschen nach dem Woher und Weshalb der Dinge. Dort wurde dem jungen Menschen eine festgefägte Weltanschauung mit in das Getriebe des Lebens gegeben, nach der die Welt von einem allmächtigen Gott erschaffen und nach seinem weisen Ratsschluß geleitet werde. Seine Stellvertreter hier auf Erden

seien die Priester und die von Gott gewollte Obrigkeit. Unbedingter Gehorsam und Unterwerfung der Untergebenen unter ihre Vorgesetzten sei Gottes Gebot. Nach treuer Pflichterfüllung warte darauf nach dem Tode die ewige Seligkeit. Zweifel an der Richtigkeit der Anschauung seien bei Gefahr seiner Seligkeit unterlag.

Mit diesem Wissen angetan, trat das Proletarierkind ins Erwerbsleben. Diese überlieferte Weltanschauung und die lange Arbeitszeit waren nicht geeignet den Wissensdrang zu entfachen. Aber trotzdem haben es Arbeiter fertiggebracht, die Fesseln reaktionärer Ueberlieferungen zu sprengen und trotz langer Arbeitszeit sich jene Kenntnisse anzueignen, die ein klassenbewußter Arbeiter braucht. Die sozialistische Partei und die freien Gewerkschaften unterstützten diese Bestrebungen und errichteten Schulen, die freilich nur wenige unter dem Kapitalismus frörende Arbeiter besuchen konnten, weil sie sonst ihre Wahregelung zu erwarten hatten. Erst der 9. November, der dem Proletariat politisch den Weg zum Aufstieg freimachte, hat auch in dieser Hinsicht einige Besserung gebracht. Die Bildungsanstalten für Proletarier wurden vermehrt und der Besuch der Schulen erleichtert. Eine dieser neu errichteten Schulen ist die Heimvolkshochschule Linz.

In einem alten Schloß in Thüringen, das 1748 als Lustschloß der Fürsten von Reuß erbaut wurde, ist seit 1919 eine sozialistische Schule eingerichtet, in der je 50 Schüler oder Schülerinnen zur Teilnahme an einem Kursus Aufnahme und Verpflegung finden können. Im vergangenen Kursus — an dem Schreiberin dieser Zeilen teilnahm — waren es 50 Frauen und Mädchen, darunter 3 Mitglieder unseres Verbandes, die nach Linz kamen, um in Arbeitsgemeinschaften mit 4 angestellten und 4 nebenamtlich tätigen Lehrern ihr Wissen zu erweitern.

Eine andere Weltanschauung, als wir sie in der Volksschule kennengelernt hatten, durchzog den Unterricht. Vom Standpunkt der Entwicklung aus gesehen, dürftestrennen wir die verschiedensten Wissensgebiete, die besonderes Interesse für die Arbeiterklasse haben. Marginalische Dekonomie und materialistische Geschichtsauffassung bilden die Grundlage des Linzer Unterrichts. So war es besonders die Wirtschaftskunde (Werttheorie, Geldtheorie, kapitalistische Produktionsweise, Bank- und Börsenwesen), die einen großen Raum im Unterrichtsplan einnahm. Desgleichen Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Kulturgeschichte. Hier zog die Entwicklung der Wirtschaft vom Gebrauch des primitivsten Werkzeuges über die Sklaven- und Feudalwirtschaft bis zum heutigen Kapitalismus an unserem geistigen Auge vorüber, und mit der Entwicklung der Wirtschaft auch die Entwicklung des gesellschaftlichen und geistigen Ueberbaues in immerwährenden Klassenkämpfen. Einen weiteren Raum im Unterrichtsplan umfaßte die Geschichte der Arbeiterbewegung. In einigen weiteren Stunden beschäftigten wir uns mit dem astronomischen Weltbild im Wandel der Zeit, ferner mit der Entwicklung der Erde vom Gasball zum festen Körper bis zu ihrer heutigen Form und dem Darwinischen Entwicklungsprinzip in der organischen Welt. Verfassungkunde, Verwaltungskunde und Gesundheitslehre bildeten weiteren Unterrichtsstoff.

Ein Streifzug in die Kunstwerke auf dem Gebiete der Malerei, Graphik, Plastik und Architektur machte uns mit Hilfe von Lichtbildern mit den Werken von Michelangelo, Dürer, Rembrandt, Millet, Käthe Kollwitz u. a. bekannt und zeigte uns die Entwicklung der Baustile vom Altertum bis zur Gegenwart. Auf dem Gebiete der Literatur zogen weitere Kunstwerke menschlichen Geistes an uns vorüber. Auch mit philosophischen Grundbegriffen und Problemen wurden wir bekannt. Die Beschäftigung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe, geologische Wanderungen, bei denen wir die Erdgeschichten betrachteten, der Besuch des Händel-Museums in Jena, des Museums für Völkertunde und des Kunstmuseums in Leipzig brachten uns ferner reichliches Wissen und hohen Genuß.

So fährten wir nach vier Monaten befrichtigt und ermuntert zurück an unseren Platz an die Maschine und in die Arbeiterbewegung. Hier soll es unser Bestreben sein, das Erlernte im Interesse der Arbeiterklasse zu verwerten. Wissen wir doch, daß alles Erkennen und Wissen nur bleibenden Wert hat, wenn wir den Mut und die Kraft aufbringen, im Befreiungskampf der Arbeiter aus geistigen und materiellen Fesseln mitzuhelfen. Ganz besonders aber soll es unsere Aufgabe sein, die Bildungsbefreiungen der Arbeiter und ganz besonders unserer Jugend zu unterstützen und zu fördern. Die sozialistische Weltanschauung muß auch den letzten Arbeiter erfassen. Sie gibt ihm die Fähigkeit, nicht als Anhängel der Maschine sein Leben lang zu vegetieren, sondern als bewußtes, gleichwertiges Mitglied der menschlichen Gemeinschaft auch an den geistigen Errungenschaften seiner Zeit teilzunehmen. Sie zeigt ihm ferner, daß auch der Arbeiter als vernunftbegabtes Wesen berufen ist, an dem Werden der Geschichte der Menschheit bewußt mitzuwirken. Ist mehr noch als bisher, jeder einzelne bestrebt, sich selbst aus geistigen und materiellen Fesseln zu befreien, dann wird der Befreiungstag der Arbeiterklasse nicht mehr fern sein. Denn:

Wissen ist Macht und Bildung macht frei! S. M.

### An unsere Arbeiterinnenkommissionsmitglieder!

Als ich unlängst einmal in einer Arbeiterinnenkommissions-Sitzung war, in welcher ein Kollege aus unserer Ortsverwaltung einen Vortrag über „Anfänge und Entwicklung der Menschheit“ hielt, war es mir höchst lehrreich, ein Staunen in den Zügen der Kolleginnen zu beobachten. Diese Wahrnehmung machen zu müssen, ist bezeichnend für einen aus falscher Lehre springenden Erfolg. Hätte man uns Frauen in unserer Schulzeit anstatt der völlig entstellten Entfaltung der Menschheit im Paradiese die Wahrheit gelehrt, wie der Mensch als tierähnliches Wesen in der Urzeit sich zunächst auf Händen und Füßen fortbewegte, wie die Löwe, die er hervorbrachte, nur unverständliche Laute waren, wie er sich ausschließlich von Wurzeln und Kräutern nährte und wie er dann allmählich von Stufe zu Stufe der Kultur vollendete Körperformen erlangte, wir hätten heute nicht die Tatsache zu verzeichnen, daß vorzüglich die Frauen und Mütter in dieser Hinsicht jedes Wissens bar sind. Man hat uns eine so überaus interessante und wissenswerte Zeitperiode gänzlich verschwiegen. Ich erinnere mich noch eines Vortrags über dieses Thema, den ich mir vor einigen Jahren einmal anhörte. Ich lauschte jedes Wort dem Redner ab; seine Ausführungen verfehlten mich in eine andere Welt, und ich verbande dieser Stunde mein Interesse an der Entwicklungsgeschichte sowie mein Streben und Mitarbeiten an der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung überhaupt; denn hat man erst einmal die Anfangsperiode der Menschheit richtig erfährt, so ist es eine ganz natürliche Folge, daß man sich auch für deren weitere Entwicklung interessiert, und das nicht nur auf kulturellem, sondern erst recht auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Vergangenheit hat im Dienste der heutigen Zeit großen Wert; das wolle man sich auch hinsichtlich der zu haltenden Vorträge unter unseren Frauen beherzigen und speziell dieses Thema an die Spitze der Vortragsreihe stellen. Was ist nun weiter notwendig, um unsere Kolleginnen in die Gewerkschaftsbewegung insbesondere und in die Materie der Soziologie überhaupt einzuführen? Den Boden hierfür haben wir vorbereitet, es sind unsere Arbeiterinnenkommissionen. Wenn wir uns nun bemüht haben, zu diesen Kommissionen die besten Kolleginnen heranzuziehen, so sind wir doch noch lange nicht zu der Annahme berechtigt, daß diese Kolleginnen nun fähig seien, nutzbringende Arbeit zu leisten. Die Erfahrung hat mich in einer Reihe von Kommissionen allerorts gelehrt, daß auch in diesen auserlesenen Kreisen größtenteils eine flüchtige, mitunter stark materielle Einstellung vorhanden ist. Das liegt natürlich in der bisherigen kapitalistischen Erziehungsmethode begründet, die in andere Bahnen zu leiten wir uns als Ziel gesetzt haben. Zunächst einmal müssen sich unsere Kommissionsmitglieder bewußt sein, daß ihre Kommission ein maßgebender Ausschuß innerhalb unseres Textilarbeiterverbandes ist, dessen Aufgabe es ist, an

der weiteren Entwicklung desselben mitzuarbeiten und dann aber auch darüber hinaus die Schaffung von Sozialgeboten zu fördern. Das bedingt ein mit jähem Fleiß sich anzueignendes Wissen. Ich komme nun zu den in diesem Plenum zu haltenden Vorträgen. Bevor diese beginnen, möchte ich jeder Kollegin empfehlen, sich mit Fleiß und Blutz zu versehen; dadurch ist sie imstande, ihr besonders wichtig erscheinende Momente festzuhalten. In der Wahl der Vorträge, auch in deren Anwendung, muß System liegen; vor allem muß sich der oder die Vortragende in die Psyche (Innenleben) der Frau hineinversetzen können, den Vortrag selbst nicht zu hochgeistig halten und möglichst Fremdwörter vermeiden, zum mindesten darf dort, wo sie nicht zu umgehen sind, mit Erklärungen nicht geizig werden. Für besonders erfolgrichtig halte ich ein nach dem Vortrag einsetzendes Frage- und Antwortspiel, natürlich im Rahmen des Vortrags gehalten. Verfahren wir so, so werden wir bald in der Lage sein, innerhalb der Kommission eine Scheidung vorzunehmen, insofern, daß die gutbefähigten Kolleginnen nach und nach zu kleinen Vorträgen heranzuziehen sind, während den anderen Kolleginnen — die ja auch der Wunsch zur Mitarbeit zu uns trieb — die Kleinarbeit zu übertragen ist. So wirkt jedes nach seiner Veranlagung, und es dürfte durch diese Einteilung eine Gefahr beseitigt werden, die unter unseren tätigen Kolleginnen schon lange besteht — die Gefahr der Ueberlastung einzelner. Daß eine in der Kommission ständig umlaufende Literatur notwendig ist, dürfte ohne weiteres einleuchten; denn sie vervollständigt unsere Bildung und erleichtert die Einführung in jede Materie ungeniem. Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ müßte jeder Kollegin zugänglich gemacht werden, und keine Ortsverwaltung sollte mit der Beschaffung dieses überaus wertvollen Buches zögern. Ergänzende Broschüren enthält schließlich jede Bibliothek. Soweit einige Anregungen von mir; aus meinen Erfahrungen sie zu geben, besonders an dieser Stelle, war mir ein Bedürfnis! Manches wird — besonders für vorgeschrittene Kolleginnen — Selbstverständlichkeit sein, meine Rathschläge sollen mehr für die Kolleginnen bestimmt sein, die sich nunmehr zu ersteren emporarbeiten wollen.

Wäre ich nicht Proletarierin, die — tagein, tagaus, am Webstuhl stehen und so ihren Unterhalt verdienen muß —, ich würde einmal überall, wo Kommissionen bestehen, an deren Sitzungen teilnehmen, um so der Geist der Kolleginnen und die Art der Schulung kennenzulernen, jedoch eine — hoffentlich nicht mehr allzuferne — Frauenkonferenz dürfte mich nach dieser Richtung hin befriedigen. Arbeiten wir bis dahin nach dem Grundsatz: Beharrlichkeit führt zum Ziele, tapfer weiter!

Hilma Fischer,  
Vorsitzende der Arbeiterinnenkommission Chemnitz.

### Frauenkonferenz in München.

Am 24. und 25. März fand eine Frauenkonferenz in München statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Stellungnahme der Frau im Wirtschaftsleben und im Staat. 2. Die besondere Stellung der Frau in der Textilindustrie und die Bedeutung der Textilindustrie im Wirtschaftsleben und Staat. 3. Jugend und Gewerkschaft, unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Textilarbeiterjugend.

Gewählt wurden als 1. Vorsitzende die Kollegin Dietel, Hof, als 2. Vorsitzende Kollegin Sofie Döhring, Stuttgart, als Schriftführerinnen die Kolleginnen Marie Friß, Stuttgart und Nasser, Augsburg.

Zunächst sprach Kollege Jäckel einige einleitende Worte. Er führte aus, daß es Aufgabe des Verbandes sein müsse, die Frau zu Selbstbewußtsein zu erziehen, da heute die Zusammensetzung des Verbandes eine andere sei als vor dem Kriege. Bis zum Jahre 1914 bildeten die Männer im Verbands eine große Mehrheit. Heute sind 75 weibliche Mitglieder. Eine neue Zeit verlangt neue Ideen. Die Frau solle aus sich heraus eigene Gedanken bringen und ihre speziellen Interessen vertreten.

Das 1. Referat hielt Rieckich, Berlin. In längeren Ausführungen gab er ein Bild über die Stellung der Frau vor Jahrtausenden bis zur heutigen Zeit. Die Gesehe waren seither immer von Männern gestaltet worden, und diese haben die Frauenfragen nie genügend berücksichtigt. In der neuen Verfassung haben wir die Möglichkeit, eine Volksvertretung zu wählen, die auch das Interesse der Frau vertritt. Die Männer haben ihre Kenntnisse durch die Mitarbeit im Verbandsleben erworben. Auch die Arbeiterinnen müssen durch die Mitarbeit in der Organisation erreichen, daß sie als leitende Personen im Verband, weiter als Schöffen, als Geschworene und überhaupt in Politik und Wirtschaft eine ganz andere Rolle spielen als bisher. (Beifall.)

Kollegin Hoppe, Berlin, führte in ihrem (2.) Referat ungefähr folgendes aus: Die technische Entwicklung der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts brachte eine, die Zunahme der Bevölkerung sogar übersteigende Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit mit sich. Die Textilindustrie war immer — und wird es in Zukunft noch mehr sein — die Industrie der weiblichen Arbeiter und die Arbeitsdomäne der verheirateten Frau und Mutter. Daher die große Bedeutung der Tätigkeit der Organisation für den Arbeiterinnenzuschuß. Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Textilindustrie zeigt sich in dem nach Milliarden zählenden, von Jahr zu Jahr sich steigenden Verbrauch aus dem Ausland eingeführter Spinnstoffe. 1913 betrug der Wert der letzten Ausfuhr 1 347 391 000 Mk. Von Januar bis September 1920 aber 10 692 400 000 Mk., nahezu ein Viertel der gesamten Ausfuhr, die 47 387 300 000 Mk. betrug. Diese Werte werden hauptsächlich durch Frauenhände geschaffen, die Tätigkeit der Textilarbeiterinnen ist in hohem Maße eine staats-erhaltende. Es ist daher dahin zu wirken, daß sich die Arbeiterinnen ihrer Bedeutung für das Staatsleben bewußt werden.

Die Diskussion war eine ausgiebige; es haben sich fast alle Delegierten an ihr beteiligt. Die Erfahrungen der Betriebsratsmitglieder, Berichte über die Tätigkeit im Verband sowie über verschiedene soziale Einrichtungen wurden in anschaulicher Weise vorgetragen.

Im 3. Referat legte Kollege Rieckich, Berlin, die Notwendigkeit der Jugendarbeit dar. Die Debatteredner stimmten dem Referenten zu und stellten rege Mitarbeit in Aussicht. Ueberall sollen Jugendarteilungen ins Leben treten; fällt die Gründung auch schwer, so soll sie doch versucht werden.

Anträge und Entschlüsse wurden angenommen: 1. Für systematische Arbeit zum Zwecke der Heranbildung der weiblichen Verbandsfunktionäre zu Verbandsmitgliedern und Staatsbürgerinnen. Der Gauzuschuß soll in geeigneter Weise die ständige Verbindung mit den weiblichen Verbandsfunktionären der Filialen herstellen und unterhalten, die Gauverwaltung ein besonderes Ressort (Abteilung) für die Frauenfragen einrichten; 2. für die Bildung eines besonderen Ausschusses für die Pfalz und Baden; 3. für die Lösung der Jugendfrage im Sinne der Richtlinien für die Jugendabteilung, die der Hauptvorstand herausgegeben hat; 4. für gewerkschaftliche Einheit und Umwerbung der 150 000 Mitglieder des Christlichen Textilarbeiterverbandes, sich den 750 000 Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes anzuschließen.

Marie Friß.

### 5. Konferenz der Dresdener Arbeiterinnenkommission.

Daß es mit der Arbeiterinnenbewegung in unserem Verbands vorwärts geht, begutete die 5. Konferenz der Dresdener Arbeiterinnenkommissionen, welche am 17. März im Dresdener Volkshaus tagte und folgenden Gegenstand behandelte: 1. „Die Bedeutung der Textilindustrie in der Volkswirtschaft.“ 2. Berichte. 3. Die neuen Aufgaben der Kommissionen. 4. Allgemeines. Die Sitzung bestand aus den Kolleginnen Krummshmidt-Dresden, Griebach-Weißes als Vorsitzende und der Kollegin Langer-Coswig als Schriftführerin.



Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Ullmann von der Gauleitung. Er legte den hohen Wert der Textilindustrie und der Textilarbeiter für die Volkswirtschaft dar. Die Textilarbeiterinnen müßten sich bewußt werden, daß sie als wichtiger Faktor im Wirtschaftskreislauf gelten und sich künftig mehr mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigen, um in das schwierige Gebiet der Volkswirtschaft näher einzudringen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten müßten sie durch festen Zusammenschluß in unserer Organisation zu überwinden suchen.

Zum zweiten Punkt berichteten die Vorsitzenden über die Tätigkeit der einzelnen Gruppensprecher im letzten Quartal, die infolge der verschiedenen örtlichen Verhältnisse sehr verschiedenartig war.

Der Agitationsleiter, Kollege Richter, sprach sich zufriedenstellend über die Tätigkeit der einzelnen Kommissionen aus. Möge dies die Kolleginnen anspornen, weiter praktische Arbeit zu leisten.

Zu Punkt 3 wurde eine rege Diskussion geführt. Es wurde den Kommissionen anheim gegeben, in ihren nächsten Sitzungen die Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen gemeinsam zu beraten und ihre Arbeit in diesem Sinne fortzusetzen.

Kollegin Krummschmidt-Dresden wurde einstimmig als Kandidatin für die Generalversammlung vorgeschlagen.

Mit einem Appell an die Kolleginnen, sich u. a. selbst kleine Vorträge zusammenzusetzen und der Kommission zum Besten zu geben, schloß die Vorsitzende die Konferenz.

Ulla Krummschmidt Doz. d. Dresdener Arbeiterinnenkommissionen.

### Jugend.

#### Pfingstwanderung.

Verschiedene unserer Jugendabteilungen veranstalteten Osterwanderungen. Die Berichte, die uns zugehen, erzählen uns, daß die Wanderungen gut gelungen sind und die Jugendlichen vollausgebeutet haben. Wir hoffen, daß auch die Pfingstwanderung zu längeren Wanderungen benutzt werden. Da machen wir darauf aufmerksam, daß jetzt schon die Vorbereitungen dazu getroffen werden sollen. Es handelt sich darum, den Reiseplan auszuarbeiten, die Tour also festzulegen, sich Karten zu beschaffen, die Anmeldungen entgegenzunehmen, Besprechungen über Land und Leute, die besucht werden sollen, anzuführen. Außerdem hat man für Vorausbekleidung der Quartiere Sorge zu tragen. Das ist zu Pfingsten um so mehr nötig, als da die Jugendabteilungen der verschiedensten Organisationen unterwegs sein werden.

Da und dort ist zu erwägen, ob nicht ein Zusammentreffen mit den Jugendabteilungen des gesamten Bezirks vereinbart werden kann. Ein Gau bereitet gegenwärtig einen solchen Bezirksjugendtag vor. Es kostet freilich viel Arbeit organisatorische Mühen; Festsetzung des Programms (Ansprachen, Gesang, Rezitationen, Vorträge), Unterbringung, Verpflegung sind hier voraus zu setzen.

Das Jugendsekretariat hofft, nach Pfingsten zahlreiche Berichte über geglückte Veranstaltungen der Jugendabteilungen zu erhalten.

**Chemnitz.** Zu einer Gründungsfeier der Jugendabteilung hatte der Deutsche Textilarbeiterverband, Verwaltungsstelle Chemnitz, für Mittwoch, den 18. April, in den Saal des Volkshauses „Kollosseum“ seine jugendlichen Mitglieder eingeladen. Im Mittelpunkt des Programms stand die Festrede des Jugendleiters Schmidt, welcher in kurzen, klaren Worten auf den Zweck und die Bedeutung der Jugendabteilung hinwies. Der Arbeitergesangsverein Fulgura-Liederfreunde, Herr Richard Friedel von den Vereinigten Stadttheatern, eine Jugendkollegin, die sich als Gedichtedeklamatorin auszeichnete, die Jugendgruppe mit ihren Zithervorträgen und der Arbeitergesangsverein mit seinen Gesangsvorträgen sorgten gleichfalls für Feststimmung. Die verammelten Mädel und Burschen waren von einem Geiste befeuert, der zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt.

Die weiteren Veranstaltungen der Jugendabteilung werden durch die Arbeiterzeitungen, die Betriebsräte und die Hausaufseher den Jugendlichen rechtzeitig bekanntgegeben werden. Als nächstes Ziel ist eine Besichtigung des Wasserwerks Alt-Chemnitz und der Talsperre in Eintracht vorgesehen, zu welcher Tag, Zeit und Treffpunkt noch mitgeteilt werden.

#### Notiz.

Das Jugendsekretariat befindet sich noch im Besitze einer Anzahl vervielfältigter Auftrags für die schulentlassene Jugend. Kleinere Filialen, die das vor Ostern hinausgegebene Muster nicht selbst vervielfältigen können, mögen entsprechende Anforderungen an das Jugendsekretariat richten.

#### Fragebogen.

Der Fragebogen, der bis zum 18. April hier hätte einlaufen sollen, steht von verschiedenen Filialen noch aus. Wir bitten, das Verfallende sofort nachholen zu wollen; die Angaben sind zwecks Erstattung eines Berichts dringend notwendig.

### Kurzarbeiter und Erwerbslosenfürsorge.

Zu unserem gleichnamigen Artikel in Nr. 14 vom 6. April wird uns geschrieben, daß es unter Punkt 3 Abs. b in Spalte 6 statt 775 825 Mark heißen muß. Wir bitten unsere Leser, davon Notiz zu nehmen.

### Soziale Rundschau.

#### Die gesetzliche Regelung der Nachtarbeit in Argentinien.

Die argentinische Deputiertenkammer nahm am 3. August einen Gesetzesentwurf über die Nachtarbeit an, der in seinen Hauptbestimmungen folgendes enthält: Die Nachtarbeit ist in den Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens untersagt. Im Notfall kann die Regierung, das Einverständnis der Meister- und Arbeiterorganisation vorausgesetzt, Abänderungen anordnen. Die Abänderungen sind dort zulässig, wo die Arbeit in Schichten von nicht mehr als acht aufeinanderfolgenden Arbeitsstunden verrichtet wird. Die hygienischen Verhältnisse müssen in diesen Betrieben einwandfrei sein.

#### Achtstundentag und Arbeitsleistung.

Im März d. J. hielt der Wirtschaftliche Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats eine Sitzung ab, in der die Frage der Ausfuhrabgabe behandelt wurde. Unter anderem wurde als Sachverständiger auch ein Herr Dr. Drönke gehört, der, wie er selbst erklärte, Leiter des Seehafens Bremen ist und nachwies, daß die Erledigung der Arbeiten im Seehafen — das Beladen der Schiffe usw. — unter den Formalitäten der Ausfuhrabgabe ganz erheblich leidet. Nach dem in dieser Sitzung aufgenommenen stenographischen Bericht sagte Herr Dr. Drönke unter anderem folgendes:

„Wenn man den Seehafenbetrieb — ich leite den Seehafen Bremen — statistisch beobachtet, dann findet man, daß der wirkliche Grad der Leistungen auf etwa zwei Drittel bis vier Viertel dessen zurückgegangen ist, was wir vor dem Kriege leisten konnten. Man kann das sehen, wenn man sich einmal die Zahl der bewegten Tonnen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters bzw. Betriebsbeamten und die Zahl der bewegten Tonnen auf den einzelnen Uferkran berechnet. Daraus ergibt man sofort, wie die Leistung zurückgegangen ist.“

Es liegt nun nahe, das auf den Achtstundentag oder auf den mangelhaften Arbeitswillen zurückzuführen. Beides wäre verfehlt. Ich kann Ihnen dadurch beweisen,

daß wir in den Fällen, in denen wir unbeirrt und unbeschränkt durch staatliche Vorschriften unsere Betriebe führen, trotz des Achtstundentages gegenüber der früheren neun- und zehnstündigen Arbeit die Friedensleistung nicht nur erreicht, sondern sogar in vielen Fällen übertroffen haben. (Hört, hört!) Also das beweist, daß nicht der Achtstundentag und nicht der mangelhafte Arbeitswille der Arbeiterschaft die Ursache der Minderleistung ist.“

Da haben wir also ein sachliches Urteil, das sicher schwerer wiegt als die vielen Urteile, die wir aus interessierten Kreisen, besonders der Industrie, häufig hören und die dahin gehen, daß an allen Uebeln, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet, fast ausschließlich und nur der Achtstundentag schuld sei.

### Berichte aus Fachreisen.

**Calw i. Würtbg.** Am 17. April fand in Weilberstadt eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, um zu der Frage der Verschmelzung mit Calw Stellung zu nehmen. Kollege Hörnte von Calw besprach als Referent in längeren Ausführungen die organisatorischen Vorteile des Zusammenschlusses. Im Anfang der Versammlung war wohl eine gewisse Strömung gegen die Verschmelzung vorhanden, doch wurde sie schließlich zur Zufriedenheit der Versammlung einstimmig beschlossen. Die Kollegen Dittus und Reich wurden einstimmig zu Vertrauensleuten gewählt. Mit der Verschmelzung ist der Bezirk im Umkreis von 25 Kilometer unter der einheitlichen Leitung der Geschäftsstelle Calw vereinigt und wir wollen hoffen, daß dieser Fortschritt ein neuer Ansporn für die Mitglieder des Bezirks zur Solidarität und tatkräftigen Mitarbeit an den Zielen des Verbandes sein wird.

**Chemnitz.** In der am 19. April abgehaltenen, gutbesuchten Generalversammlung nahmen die Delegierten neben dem Rassen- und Geschäftsbericht einen Vortrag des Herrn Oberregierungsrates Dr. Schmidt über die Organisation der Krankenkassen entgegen. Herr Schmidt trat für weitgehendste Zentralisation ein und nahm gegen die Betriebskassen entschiedene Stellung. Kollege Florjähz berichtete über die in der letzten Generalversammlung von Seiten der R.D.-Vertreter abgegebenen und der Schlichtungskommission übermiesenen Erklärungen. Kollege Uhlig gab hierzu im Auftrage der kommunalistischen Vertreter noch eine mündliche Erklärung ab, worin zum Ausdruck kam, daß die Anschuldigungen durch den Generalversammlungsbericht im „Kämpfer“ vom 26. Februar gegen die Geschäftsleitung unhaltbar seien. Durch die Feststellungen der Schlichtungskommission sei bewiesen, daß die Geschäftsleitung an der Angelegenheit Stöhr-Zwider nicht beteiligt gewesen sei. Kollege Florjähz gab hierauf einen Ueberblick über die gesamte Geschäftslage in der Textilindustrie, welche sich von Woche zu Woche verschlechterte. Den Rassenbericht gab Kollege Mehner.

**Börsch.** Auf eine 30jährige Verbandszugehörigkeit konnte unser Kollege und Geschäftsführer Heinrich Matthes am 29. April zurückblicken. Wir wählten ihn und hoffen, daß es ihm vergönnt sein möge, bei voller Frische und Gesundheit auch sein 50jähriges Verbandsjubiläum unter uns in Börsch zu feiern.

**Hamborg.** Wegen Streikbruchs sind in Stade (Prov. Hannover) folgende Mitglieder aus unserem Verbandsausguss ausgeschlossen worden: Max Graue, geb. 18. 8. 1863 in Danzig, Frieda Reichmann, geb. 24. 3. 1895 in Stade, Elise Reichmann, geb. 30. 1. 1897 in Stade, Meta Reifermann, geb. 8. 3. 1883 in Stade, Margarete Barwick, geb. 2. 4. 1889 in Basel bei Stade; ferner wegen Betrugs: Eduard Rowolito, geb. 18. 10. 1896 in Kallensborn, Kr. Reidenburg.

**Neugersdorf.** Am 21. April sprach vor den hier neugewählten Betriebsräten Kollege Jung über: „Zeitlohn-Akkordlohn-Soziallohn“. Er erläuterte die einzelnen Lohnformen und deren Auswirkung und schuf auf diese Weise eine Grundlage für die Einstellung der Betriebsräte zu den einzelnen Lohnsystemen. — Ueber: Wert und Bedeutung einer guten Statistik für Betrieb und Organisation sprach Kollege Siebig und legte dar, wie eine gute Statistik ausgearbeitet werden kann. — Die „Geschäftsführung der Betriebsräte“ behandelte Kollege Hübner. Er zeigte, wie notwendig es ist, die in den Paragraphen festgelegten Formen der Geschäftsführung zu wahren. — In der Diskussion kam man auf den Schlichtungsausschuß Bauhen zu sprechen und nahm gegen dessen allzu arbeitgeberfreundliche Rechtsprechung einstimmig eine Resolution an. Dem schloß sich ein Bericht des Kollegen Jung über: „Die Durchführung der letzten Betriebsratswahlen und die Vornahme der Neuwahlen von Betriebsräten in Verwaltungen“ an. In 56 Betrieben sind Wahlen erfolgt. In 3 Betrieben konnte nicht gewählt werden, weil die Arbeiterzahl unter 5 ist. Von 323 Betriebsratsmitgliedern gehören 266 dem Arbeiterrat und 57 dem Angestelltenrat an. Davon hat der Deutsche Textilarbeiterverband 256 Mandate, die anderen freien Verbände 46. Die gegnerischen Gewerkschaften haben 21 Mandate. — In einem weiteren Referat behandelte Kollege Richter: „Ferienfrage, Erwerbslosenunterstützung und Unterstützung der Kurzarbeiter“. Er schlug vor, die Ferien möglichst für die Pfingstwoche mit den Arbeitgebern zu vereinbaren. — Ein scharfer Strich sei zu ziehen zwischen Kurzarbeiterunterstützung und Vollerwerbslosenunterstützung und vor allem zu beachten, daß bei Kurzarbeit die Bedürftigkeit nicht in Frage kommt, wie das der § 9 der Reichsbestimmungen über Erwerbslosenfürsorge bestimmt. — In der Diskussion kam der zwischen den Amtshauptmannschaften Böbau und Zittau bei Auslegung der Gesetzesbestimmungen zutage tretende Zwiespalt zum Ausdruck. Die Erwerbslosenfürsorgebestimmungen für das tschechoslowakische Staatsgebiet wurden durch die tschechoslowakischen Kollegen einer Kritik unterzogen. — 219 Kolleginnen und Kollegen und 5 Angestellte hatten an der Konferenz teilgenommen.

**Reichenbach i. V.** Am 16. April fand im Volkshaus unsere Quartalsversammlung statt; leider muß festgestellt werden, daß eine große Zahl Funktionäre fehlten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der in letzter Zeit durch Tod von uns geschiedenen Mitglieder in ehrender Weise gedacht. Aus dem Kassenericht ist festzuhalten, daß Einnahme und Ausgabe mit 40 235 901,18 Mt. abschließen. Der Warenumsatz betrug pro Mitglied 9,56 Mark, welches seine Ursache in der herrschenden Kurzarbeit hat. Ueber die Abführung eines Stundenerdienstes als Wochenbeitrag entspann sich eine lebhafte Debatte, die dahin ausklang, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, einen wirklichen Stundenerdienst als Wochenbeitrag an die Organisation abzuführen. Die Kurzarbeiter können für sich durch die Beitragstaxierer besondere Richtlinien erfahren. — Ueber die Lohnverhandlungen wurde berichtet, daß die Unternehmer, nach den Richtlinien der Regierung, im Monat März keine Lohn erhöhungen gewähren wollten, weshalb nach jeder Lohnverhandlung der Schlichtungsausschuß bzw. Demobilisierungskommission angerufen werden mußte. Die Lohnstreitigkeiten der Färberei, Kongreßstoffweberei sowie Stiderei-Beschäftigten sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Das Verhalten eines Betriebsrates, welcher seinem Arbeitgeber Lohnkürzungen zugesagt habe, wurde gegeföhelt. Es muß festgestellt werden, daß wir im Laufe des Jahres mit unseren Löhnen um 50 bis 60 Proz. hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben sind, deshalb muß auch weiterhin die nötige Energie aufgebracht werden, um dem Unternehmertum höhere Löhne abzurufen, im übrigen aber zur produktiven Erwerbslosenfürsorge zu gelangen.

Nach Aussprache über Maßnahmen für die weitere Aufklärung der Mitglieder über den Ruhrkrieg und über die Ferienfrage, wurde das Verhalten des Meisters Kl. gegenüber dem Betriebsrat einer Färberei einer scharfen Kritik unterzogen. Zu der Angelegenheit sei mitgeteilt, daß Herr Kl., wie es scheint auf Betreiben des Direktors Ph., mit dem Betriebsratsvorsitzenden in einer Weise verfahren ist, die Zweifel aufkommen lassen könnte, ob es ein Betriebsratsgesetz gibt und ob nicht manches Zuchthaus nur aus Versehen

zu einem freien Fabrikbetriebe wurde. Am 18. April hat die Belegschaft zu diesen unzeitgemäßen Zuständen Stellung genommen, was hoffentlich von Erfolg sein wird.

### Literatur.

Bei der Redaktion gingen ein: **Gerhart Lücken:** „Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatsystem“. J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Grundzahl 2,50. **Wolff Braun:** „Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften“. Zweite umgearbeitete und ergänzte Auflage. 1923. J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68. Grundzahl 0,50.

### Briefkasten.

Fachschulen in Thüringen befinden sich in Mühlhausen und Greiz (Reuß), die in M. heißt Fachschule für Textilindustrie, die in Greiz höhere Webeschule. Sonst befinden sich noch solche Schulen im ganzen Reiche, besonders in Sachsen.

## Bekanntmachungen.

### Vorstand.

Sonntag, den 6. Mai, ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Caute Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundenerlokommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

### Geschäftsführer gesucht.

Für die Filiale Markkissa i. Schl. wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten u. handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatze über die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stelle bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 21. Mai d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Cost. Zeugnisse wollen nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemisst sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesetzten Kommission vom Februar 1923.

Das erste Dienjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

**Gau Dresden.** Leisnig. V.: Franz Buder, Leisnig i. Sa., Burglehn, Haus Mirus. **Gau Ciegeln.** Kaiser. Ist mit Dypeln verschmolzen.

### Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Neumünster. B.-Nr. 1 077 134, für Martin Kühl, Weber, geb.

25. Oktober 1887 in Grimmitzschau, daselbst in den Verband eingetreten am 1. Oktober 1919.

### Zusammenkünfte.

**Mitgliederversammlungen.**

Rohwein. Mittwoch, 16. Mai, im Deutschen Haus, Kreuzplatz 8.

Berlin. Dekateure. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. nachmittags von 4—5 Uhr, Stallschreiberstraße 29, Restaurant Schulz; Zahlung.

### Totenliste.

**Gestorbene Mitglieder.**

Berlin. Karl Richter. Luise Burtsche.

Bremen. Hemelingen. Marie Meyer.

Greifeld. Ludwig Küsters; Jakob Janjen; Hermann Krieger; Peter Stammfen; Frh. Witten; Johann Hosten; Peter Daubensped; Gerhard Wenner.

Elmsborn. Eduard Krupski.

Glauchau. Anna Streller; Max Brandt.

Görlitz. Frieda Rauhe. Heinrich Smoboda.

Hirschfeld i. S. Gustav Leubner. Lina Seifert.

Laubsdorf. Helene Lina Binder, Hohenfichte.

Markkissa. Helene Schulz. Lina Brüchner. Anna Hilwig.

Mehlingen-Neuhäusen. Jakob Neusch.

Neumünster. Paul Delfs. Wilhelm Fajel. Martha Glöe.

Preußewfel. Otto Rosenbusch.

Reichenbach i. V. Ida Eger.

Zwidau. Johanne Huster, Cainsdorf. Elsa Münch, Cutilsch.

Ehre ihrem Andenken!

### Frau Anna Marie Barde, geb. Schröder,

mit ihren beiden Kindern, Helma und Erwin Barde, wird von ihren Angehörigen gesucht. Dieselbe verließ im Februar 1919 Bialystok, ihren Geburtsort, wo sie bis zur genannten Zeit als Weberin beschäftigt war, und wandte sich angeblich nach Sachsen. Seit dieser Zeit fehlt jede Nachricht von ihr. Kollegen oder Kolleginnen, welche über den Aufenthalt Angaben machen können, wollen solche an den Textilarbeiter-Verband, Filiale Neumünster, oder an Frau Berta Sievert, geb. Schröder, Neumünster, Kasernen 6, Stube 20, gelangen lassen. Etwa entstehende Unkosten werden von den Angehörigen vergütet.

### Wir geben ab,

#### solange der Vorrat reicht:

Rurt Grottelwih: „Sonntage eines Großfädiers in der Natur“, broschiert, anstatt 1875 Mt. 1200 Mt.  
Dr. John Schikowski: „Sitten und Charakterbilder aus der Französischen Revolution“, stark broschiert, anstatt 2500 Mt. für 1600 „  
Prof. Grottelwih: „Das Gesundheitsbuch der Frau“, illustriert und gebunden, anstatt 6250 Mt. für 4000 „  
E. Preczang: „Der Ausweg“, Erzählung, broschiert, anstatt 2500 Mt. für 1600 „  
Edward Bellamy: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“, gebund., anstatt 3750 Mt. für 2400 „  
Ed. Bernstein: Die Deutsche Revolution, karl., kostet jetzt 1800 „  
Th. Storm: „Der Schimmelreiter“, jetzt . . . . . 3300 „  
Ungarn: „Novellenbuch“, vergriffen.

(Siehe Inserat in Nr. 16.)

Es empfiehlt sich, von dem außerordentlich günstigen und seltenen Angebot schnell Gebrauch zu machen. Bestellungen sind zu richten an:

Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin O., Magazinstr. 6/7.

Abteilung u. Bucherverband.

Zahlungen sind nur zu leisten an Max Sachsenweger, Postfachkonto Nr. 147 486, Postfachamt Berlin NW. 7.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 4. Mai

Verlag: Karl Hübner in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Wessell in Berlin, für alle anderen Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!